

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die erste Etappe zur *Regelung der Finanzordnung* für die durch die Abstimmung vom 6. Dezember 1953 notwendig gewordene *Übergangszeit* ist nunmehr zurückgelegt. Der Ständerat hat der bundesrätlichen Vorlage ohne Änderungen zugestimmt. Es ist nicht gelungen, die Beschränkung der Übergangslösung auf drei Jahre durchzubringen, obwohl sich diese Beschränkung grundsätzlich empfohlen hätte. Auch die materiellen Änderungsanträge sind unterlegen, nämlich einerseits die Statuierung einer Zweckbestimmung für den Ertrag der Wehrsteuer, dahingehend, daß diese ausschließlich zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben zu verwenden sei, andererseits der Vorschlag, auf die Erhebung der Ergänzungssteuer auf Vermögen der natürlichen Personen zu verzichten, wie es in der Vorlage vom 6. Dezember vorgesehen war. Endlich wurde auch in bezug auf die steuerliche Belastung der verschiedenen Erwerbsunternehmungen derzeit keine Änderung getroffen; freilich lag hierfür kein formeller Antrag vor, doch wurde die Kritik an dem bestehenden Zustand mit Deutlichkeit ausgesprochen. Man wird es bedauern, daß die erwähnten Änderungsanträge unterlegen sind. Die Tatsache, daß dies ausnahmslos mit großen Mehrheiten geschah, obwohl davon ausgegangen werden kann, daß die bürgerliche Mehrheit des Ständerates grundsätzlich eher auf der Seite der Antragsteller steht, führt zum Schluß, daß diese Mehrheit es aus politischen Gründen für zweckmäßig empfand, an der vom Bundesrat vorgelegten Fassung keine Änderungen vorzunehmen. Zweifellos hätte die Durchsetzung der postulierten Änderungen sofort entsprechenden Gegenanträgen von der anderen Seite gerufen, womit von der politischen Seite aus eine Gefährdung der Vorlage eingetreten wäre, was zu Handen der Volksabstimmung zu vermeiden ist. Auch wollte die bürgerliche Mehrheit des Ständerates offensichtlich nicht der ersten Vorlage des neuen Chefs des Finanzdepartements, der sich für die bürgerliche Sache in seiner bisherigen Amtsführung bewährt hat, Opposition bereiten; sie hielt vielmehr darauf, dem neuen Bundesrat den notwendigen Spielraum zu Handen der definitiven Finanzordnung vorerst zu lassen. Die bisherigen Erklärungen des neuen Chefs haben denn auch weitgehend das Vertrauen erweckt, es werde nunmehr ein neuer Geist einziehen im Finanzdepartement. Nach diesen Äußerungen darf man jedenfalls erwarten, daß das Prinzip der Sparsamkeit im Bundeshaushalt nunmehr jene Beachtung erfährt, die bisher gefehlt hat. Man darf dies annehmen auf Grund der Erklärung von Bundesrat Streuli im Ständerat, daß das Volk eine definitive Finanzordnung nur dann akzeptiere, wenn es überzeugt sei, daß der Staat die betreffenden Ausgaben wirklich in dem verlangten Umfange benötige. Zu Handen der Übergangsordnung besteht übrigens immer noch die Möglichkeit, auf Grund des Art. 5 der Vorlage Milderungen eintreten zu lassen und Unebenheiten auszugleichen, die sich während der Übergangsperiode einstellen könnten, die nunmehr für die Jahre 1955 bis 1958 festgesetzt ist. — Die Vorlage geht nun an

den Nationalrat, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie in der Fassung, die ihr der Ständerat gab, zum Beschluß erhoben wird. Die Volksabstimmung dürfte im Herbst stattfinden.

Das Ergebnis der Abstimmung vom 6. Dezember 1953 hat, wie man weiß, auf die Befürworter der verworfenen Vorlage eine Art Schockwirkung ausgeübt, die sich besonders plastisch im Rücktritt von Bundesrat Weber äußerte. Unter offensichtlichem Einfluß dieser Schockwirkung sind auch zwei Vorstöße zustande gekommen, welche auf eine *Beschränkung der Propaganda in Abstimmungskämpfen* abzielen. So wird der Bundesrat in zwei Postulaten eingeladen, Bericht darüber zu erstatten, wie die Abstimmungspropaganda unter amtliche Kontrolle gesetzt werden könnte und zwar unter eine Kontrolle, die über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen weit hinausginge. Ein Postulat Eggenberger (soz.), St. Gallen, verlangt unter anderem die Einführung des Berichtungszwanges «bei falscher oder irreführender Orientierung», öffentliche Rechnungsablage über alle Propaganda-Aktionen, Vorschriften über die Begrenzung finanzieller Aufwendungen und endlich «Aufhebung der Anonymität aller in Abstimmungskämpfe eingreifenden Büros und Komitees». Ein Postulat Schmid-Ruedin (dem.), Zürich, geht in derselben Richtung.

Solche Vorstöße und Anregungen werden jedesmal dann vorgetragen, wenn der Ausgang eines Abstimmungskampfes das Mißfallen der amtlichen und gewisser parteiamtlicher Stellen erfährt. Wir erinnern uns, daß vor mehreren Jahren von einer Seite, die durchaus ernst genommen sein wollte, die Anregung vorgebracht wurde, für die Verwerfung von Vorlagen, die von der Bundesversammlung mit überwältigenden Mehrheiten angenommen wurden, ein qualifiziertes Volks- und Ständemehr zu verlangen. Glücklicherweise ist damals dieser absurde Vorschlag, der aber allen Ernstes vertreten worden war, in der Gestalt einer Anregung steckengeblieben. Wir denken, daß es mit den beiden Postulaten nicht viel anders gehen wird. So wird eine Beschränkung der Pressefreiheit vor unserem Volk keine Gnade finden. Auch ist die Einführung eines Berichtungszwanges praktisch deswegen illusorisch, weil wir bei uns bestimmt keine amtliche Kontrolle darüber einführen werden, ob eine Darstellung über die Bedeutung einer Abstimmungsvorlage richtig oder falsch sei. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß gerade diese Forderung des Postulates Eggenberger auf eine weitgehende Verkennerung der staatspolitischen Reife unseres Volkes hinausläuft; denn unsere Stimmbürger sind im allgemeinen durchaus in der Lage, sich auch im Wellenmeer einer Abstimmungspropaganda ein objektives Urteil über eine Vorlage zu bilden. Auch würde die Anregung, über Propaganda-Aktionen öffentlich Rechnung abzulegen und die finanziellen Aufwendungen zu beschränken, zu einer ausgesprochenen Bürokratisierung der Abstimmungskämpfe führen, und wir könnten uns denken, daß gerade die Gewerkschaften zuletzt damit einverstanden wären, wenn man sie zu einer solchen Rechnungsablage zwingen wollte. Es wurde in diesem Zusammenhang an eine Diskussion erinnert, die nach dem 6. Dezember 1953 im «Verband Schweizerischer Konsumvereine» stattfand, wo die Verwaltung die Auskunft darüber verweigerte, ob dieser Verband sich mit Fr. 320 000.— am Abstimmungskampf beteiligt habe oder nicht. Endlich erweist sich die Forderung nach Lüftung der Anonymität von Abstimmungskomitees als ein Schlag ins Leere, nachdem bei allen Abstimmungskämpfen der letzten Zeit die Namen der leitenden Persönlichkeiten der Aktionskomitees bekanntgegeben wurden. Im übrigen läßt sich ruhig

sagen, daß im allgemeinen in unserem Lande in den Abstimmungskämpfen auf beiden Seiten durchaus offen Stellung bezogen wird.

So erweisen sich die erwähnten Vorstöße im wesentlichen als ein Produkt der schlechten Laune unter dem Eindruck des verlorenen Abstimmungskampfes. Soweit sie darüber hinaus positive Forderungen aufstellen, kann davon ausgegangen werden, daß solche Forderungen vor unserem Volk keine Gnade finden werden, weil bei uns niemand eine Bürokratisierung der Abstimmungskämpfe will und das Volk, wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten erwiesen hat, sicher den Abbau der staatlichen Kontrollen, bestimmt aber nicht ihren weiteren Ausbau erstrebt.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Verrat an unserem Volk

Die in der Partei der Arbeit organisierten Kommunisten unseres Landes sind offenbar der Meinung, die Bemühungen um eine Beschränkung unserer Militärausgaben würden ihnen eine günstige Gelegenheit zu einem entscheidenden Schlag gegen unsere Landesverteidigung bieten. *Marino Bodenmann* will durch eine am 21. Dezember 1953 eingereichte Motion den Bundesrat einladen, den eidgenössischen Räten eine Abänderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Militärorganisation zu unterbreiten. «Diese Änderung soll enthalten: a) Herabsetzung der Dauer der Rekrutenschulen um einen Viertel der bisher geltenden Dienstzeit (statt bisher vier Monate in Zukunft drei Monate); b) Herabsetzung der Dienstzeit für Wiederholungskurspflichtige (Einberufungen zu den Wiederholungskursen jedes zweite Jahr statt bisher alljährlich).» — Die Motion ist von den übrigen Nationalräten der Partei der Arbeit, Muret, Woog und Vincent, mitunterzeichnet. Bodenmann erweist sich mit dieser Motion als höchst geschickter Taktiker. Er greift weder die allgemeine Wehrpflicht noch die moderne Bewaffnung und technische Ausrüstung unserer Armee an. Er möchte sich mit einer bloßen Beschränkung der Dienstzeit begnügen und rechnet damit, daß seine Anträge, angesichts der allgemeinen Tendenz nach Herabsetzung der Militärausgaben, auch *außerhalb* seiner Partei Anhänger finden. Und er hat für seinen Vorstoß ausgerechnet die wichtigste und empfindlichste Stelle unseres Milizheeres ausgesucht: die Ausbildung.

Die Rekrutenschule ist die Lehrzeit unserer Soldaten und der Führer aller Stufen bis zum Bataillonskommandanten für das Soldatenhandwerk und für die Führung der Truppe im Gefecht. Diese Lehrzeit dauerte von 1936 bis 1939 schon einmal drei Monate und wurde erst im Februar 1939 auf vier Monate verlängert, weil die Ergänzung unserer Bewaffnung und technischen Ausrüstung in den Dreißigerjahren den Ausbildungsstoff erheblich erweitert hatte, so daß die bisherige Dauer der Rekrutenschule nicht mehr genügte. Im Grunde stehen wir heute, angesichts der Durchführung des Rüstungsprogrammes, wieder in einer ganz ähnlichen Situation. Die Modernisierung und Ergänzung unserer Bewaffnung und technischen Ausrüstung stellt die Ausbildung vor schwierige Probleme. Wenn es auch niemandem einfällt, eine Verlängerung der Rekrutenschule zu verlangen, so wirkt es doch grotesk, daß ausgerechnet im jetzigen Zeitpunkt eine Verkürzung der Rekrutenschule verlangt wird.

Der zweite Vorschlag ist nicht recht klar, indem die beiden Gedanken einer Herabsetzung der Dienstzeit für Wiederholungskurspflichtige und die Einberufung

zu den WK nur jedes zweite Jahr eigentlich jeder einzeln und unabhängig vom andern verwirklicht werden könnten. Man wird indessen in der Annahme kaum fehl gehen, die kommunistischen Parlamentarier verlangten die Verwirklichung der beiden Gedanken, also Herabsetzung der WK-Pflicht und Durchführung der WK jedes zweite Jahr, um so die Bereitschaft unserer Armee möglichst rasch herabzusetzen. Man darf nicht übersehen, daß die Qualität der Ausbildung in den WK nicht nur von der Zahl der Dienstage abhängt, die der einzelne Soldat leistet, sondern ebensosehr von der Zahl der Kurse seiner Einheit. Während 17 Jahren Zugehörigkeit zum Auszug hat der Soldat und Korporal nur 8, der Wachtmeister und höhere Unteroffizier nur 12 WK zu leisten; seine Einheit aber leistet in dieser Zeit 17 WK. Die jährliche Einberufung der Auszugstruppen zum WK, wenn auch nur mit reduzierten Beständen, gibt unsern Auszugstruppen jene Dienstgewohnheit und Sicherheit in allen Belangen des Dienstbetriebes und schafft jenen Zusammenhang und Korpsgeist, der den Auszug auszeichnet und ihm einen großen Vorsprung vor der Landwehr verschafft.

Eine Verwirklichung der Motion Bodenmann würde bewirken, daß Rekruten und Kader nur noch ungenügend und oberflächlich ausgebildet die Rekrutenschule verlassen und Dienstgewohnheit, Sicherheit und Korpsgeist der Auszugstruppen verschwinden würden. Das aber wäre das einfachste und beste Rezept, um unsere Armee abzurüsten und ihre Bereitschaft ganz empfindlich zu schwächen. Denn Mängel der Ausbildung können auch durch die beste Bewaffnung und technische Ausrüstung niemals wettgemacht werden. All die neuen Waffen, Geräte und Maschinen des Rüstungsprogrammes würden totes Material und leerer Ballast bleiben, wenn Soldaten und Führer es nicht verstehen, sie richtig zu bedienen und zweckmäßig einzusetzen. Mit dem Angriff auf die Ausbildung würde somit unser Kriegsmaterial wertlos, und unsere Armee wäre bald nicht mehr in der Lage, die ihr von Verfassung und Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen. Darum ist die Motion nichts anderes als ein raffinierter und perfider Vorschlag, unsere Volksarmee auf die wirkungsvollste Art und Weise abzurüsten und so unsere Landesverteidigung von innen her auszuhöhlen, damit sie dereinst vor dem gemeinsamen Ansturm der äußeren und inneren Feinde wie ein Kartenhaus zusammenbreche.

Leider hat Bodenmann bereits in einer sozialdemokratischen Partei und in vereinzelt bürgerlichen Kreisen Mitläufer gefunden. So hat der Kongreß der *Neuenburger Sozialistischen Partei* eine Resolution angenommen, die unter anderem eine Verkürzung der Dauer der WK und der Rekrutenschulen verlangt. Nach Ansicht der Neuenburger Sozialistischen Partei sind die verlangten Einsparungen «absolut notwendig, um die Sozialpolitik, ein Hauptanliegen der Landesverteidigung», fortsetzen und ausbauen zu können» (NZZ Nr. 551). — Es ist daher verständlich, daß am 23. März, als im Fraktionszimmer der radikal-demokratischen Gruppe der Bundesversammlung, in Gegenwart von Oberstkorpskommandant Corbat, Militärfragen behandelt wurden, auch die Möglichkeiten einer Reduktion der Ausbildungszeiten zur Sprache kamen. Entsprechende Fragen sollen namentlich von welschen Vertretern gestellt worden sein.

Am Volkstag der Aargauer Freisinnigen vom 21. März in Rheinfelden nahm Oberstdivisionär *Frick* in seinem Vortrag *Volk und Armee* auch zur Frage der Ausbildungsdauer Stellung. Er erklärte klipp und klar, «daß er die Konsequenzen ziehen würde, falls die Ausbildungsdauer gekürzt und die Einführung des zweijährigen WK-Turnus beschlossen würde. *Dies wäre Verrat an unserer Neutralität und damit Verrat an unserem Volk!*» («Volksstimme aus dem Fricktal», Nr. 34). Diese Feststellung ist eine eindrucksvolle Mahnung an alle, die mit einer Verkürzung der Dienstdauer liebäugeln.

In der Nummer vom 6. März der unabhängigen, vorzüglich redigierten und mutigen Wochenzeitung *Time and Tide* (Bloomsbury Street 32, London WC 1)

wird in dem Artikel *Defence in the Future* zu der Diskussion über das Verteidigungsbudget im englischen Parlament Stellung genommen und die Haltung der Labour Partei scharf kritisiert. Der frühere Kriegsminister Shinwell hatte erklärt, «das Begehren der meisten Leute gehe dahin, die Dauer der Dienstzeit zu kürzen». Die Zeitung gibt zu, daß es sehr erfreulich wäre, einen Teil der sehr hohen Rüstungsbeträge (£ 1 600 000 000 pro Jahr) für Sozialdienste und «andere anziehendere Dinge als Wiederaufrüstung» verwenden zu können. Sie stellt aber fest, «die Labour Partei scheine unfähig zu sein, zu verstehen, daß keine soziale Fürsorge, kein erhöhter Bildungsgrad, kein staatlicher Gesundheitsdienst, keine Pensionen und Nahrungsmittelsubventionen für die Leute, denen sie zugedacht sind, den geringsten Wert haben, sobald sie in einen Krieg verwickelt sind».

Miles

* * *

Das neue militärische Programm der Regierung Eisenhower

Das neue militärische Programm der Regierung Eisenhower und dessen Einfluß auf die Außenpolitik haben im Inland zu großen Diskussionen Anlaß gegeben und im Ausland zu Mißverständnissen geführt, für die teilweise die Politik die Schuld trägt, teilweise die offiziellen Sprecher, denen es nicht gelungen ist, ihr Programm mit völliger Klarheit zu erläutern.

Zwei Dinge sind hauptsächlich schuld an der Verwirrung: Erstens die offizielle Bekanntmachung, daß die USA zu *massiven Vergeltungsmaßnahmen* gegen einen Angreifer bereit seien. Dies ist gleichbedeutend mit der Ankündigung des sofortigen Einsatzes von Atomwaffen. Zweitens das sogenannte *New Look*-Programm, das zu einer Umorganisation der amerikanischen Streitkräfte führt und zu falschen Deutungen Anlaß gab.

Es ist richtig, daß der Totalbestand der in den USA unter den Waffen stehenden Mannschaften reduziert wird und die Ausgaben für die militärische Bereitschaft etwas gesenkt werden sollen. Aber auch so werden die USA weiterhin sehr starke Land-, See- und Luftstreitkräfte unter den Fahnen behalten.

Die Folgen des neuen Programms

Kurz zusammengefaßt wird sich folgendes Bild ergeben: Die Armee verfügt heute über zwanzig Divisionen und achtzehn kombinierte Kampfgruppen von Regimentsstärke, mit einem Totalbestand von 1 400 000 Mann. Im nächsten Jahr werden es noch 17 Divisionen und 18 kombinierte Kampfgruppen von Regimentsstärke sein, mit etwa 1 164 000 Mann. Die Marine verfügt über 1124 Schiffe, von denen 407 zu Kampfeinheiten gehören, und 740 000 Mann. Im nächsten Jahr werden es 1078 Schiffe sein (402 Kampfeinheiten) und 688 000 Mann. Die Luftwaffe umfaßt heute fast 115 Staffeln und 955 000 Mann. Im nächsten Jahr werden es 120 Staffeln und 970 000 Mann sein. Das Marinekorps wird auch weiterhin 3 Divisionen und fast 250 000 Mann stark sein. Diese Zahlen schließen natürlich die inaktiven Reserven (Mannschaften oder Ausrüstung) nicht ein.

Im gegenwärtigen Fiskaljahr werden ungefähr 41 500 000 000 Dollar für die Verteidigung ausgegeben. Im nächsten Jahr werden es ca. 37 500 000 000 sein — für Friedenszeiten immer noch ein ungeheuer großer Betrag.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß von einer ernsthaften Demobilmachung nicht die Rede sein kann. Es stimmt, daß die Bodentruppen reduziert werden. Immerhin werden von dieser Maßnahme mehr die rückwärtigen Formationen als

die eigentlichen Frontbestände betroffen, und die Marine wird von ihr praktisch nicht berührt. Tatsächlich sieht das neue Programm Aufwendungen für den Bau zusätzlicher Schiffe vor, einschließlich eines vierten «Superflugzeugträgers». Auch die Stärke des ständig einsatzbereiten Marinekorps bleibt unverändert. Die überaus wichtige Luftwaffe wird sogar planmäßig ausgebaut. Das neue Ziel sieht 143 modernste, kampfbereite Staffeln vor.

Anderungen in der militärischen Planung

Drei Faktoren haben die skizzierten Änderungen verursacht:

1. Washington glaubt jetzt, daß die Gefahr eines globalen Krieges nicht mehr so drohend ist. Man nimmt in Regierungskreisen an, daß wir wahrscheinlich mit einer langen Periode internationaler Spannungen rechnen müssen, die sich über zehn, fünfzehn oder sogar zwanzig Jahre erstrecken kann. Man glaubt, daß die Sowjetregierung nichts lieber sehen würde als den Bankrott des Westens, infolge der Notwendigkeit, große Armeen zur Verteidigung unter den Fahnen zu halten, und man ist entschlossen, dieser Gefahr nicht zu unterliegen. Es wird deshalb eine Verteidigungsorganisation vorgesehen, die jederzeit der momentanen Situation entspricht und wirtschaftlich tragbar ist. Doch muß sie mächtig genug sein, um im Kriegsfall sogleich einen Gegenschlag führen zu können. Auch muß sie den Kern einer Streitmacht bilden, die einem großen Konflikt gewachsen wäre.

2. Obwohl die Entwicklung neuer Waffen nicht unmittelbar Anlaß zur Abänderung der militärischen Planung (New Look) gegeben hat, zieht man doch erhebliche Vorteile daraus. Die USA sind nun in ein Stadium eingetreten, das gewisse Leute das «Zeitalter der atomischen Fülle» nennen. Es gibt nun große und kleine Atombomben, Atomgranaten für die Artillerie, thermonucleare Waffen (H-Bombe) und eine Vielfalt neuer gelenkter Geschosse, von denen einige atomische Zündköpfe besitzen. Es ist offensichtlich, daß die Feuerkraft um ein Vielfaches zugenommen hat, das sich auf die militärische Organisation auswirken muß. Und doch bringt der «New Look» nur eine sehr geringe Reduktion der kampfbereiten Einheiten mit sich; er will einfach diesen Einheiten durch neue Waffen eine größere Feuerkraft verschaffen.

3. Amerikas militärische Führer sind der Ansicht, daß es für die Verteidigung der Freiheit in den vom Kommunismus bedrohten Gebieten von größter Bedeutung ist, mit der Zuverlässigkeit der einheimischen Truppen rechnen zu können. In dieser Beziehung sind seit 1950 beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Europa ist durch die NATO bedeutend stärker geworden. Man hofft, daß Deutschland bald seinen Beitrag zur Verteidigung des Westens liefern werde. Japan fängt an aufzurüsten, und auf Formosa und in Indochina werden die einheimischen Armeen immer stärker. In Südkorea sind die Streitkräfte in den letzten vier Jahren verfünffacht worden. Diese Fortschritte sind zum großen Teil durch amerikanische Militärhilfe ermöglicht worden, welche diesen Völkern auch weiterhin zuteil wird. Es scheint daher nur recht und billig, daß die unter den Fahnen stehenden Truppen der USA jetzt vermindert werden können. Man würde wirtschaftlich und industriell von den kleineren Nationen zu viel fordern, wollte man verlangen, daß sie sich selber eine genügende Luftmacht, Atomwaffen und moderne gelenkte Geschosse verschaffen sollten. Man ist der Ansicht, daß dafür auch in Zukunft die USA die Verantwortung tragen sollen. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb der «New Look» so viel Gewicht auf jene Truppen und Waffen legt, welche die meisten anderen Völker nicht selbst aufstellen oder produzieren können.

Was geschieht nun aber, wenn kein Krieg von größerem Ausmaß ausbricht, wenn sich die kommunistische Aggression wie in Korea und Indochina auf klei-

nere Randgebiete beschränkt? Soll das Gerede von «massiven Vergeltungsmaßnahmen» und vom Vorrang der Luftmacht und der neuen Waffen etwa bedeuten, daß die USA, falls sich zum Beispiel ein verhältnismäßig geringfügiger Vorfall ereignen würde, infolge ihrer Anwendung einen Weltkrieg auslösen werden? Nicht notwendigerweise. Man hofft in Washington, daß die Kommunisten, angesichts des gewaltigen Luft- und Atompotentials des Westens, nicht nur vor einem größeren Konflikt zurückschrecken, sondern in Zukunft auch kleinere Angriffshandlungen unterlassen werden. Sollten aber die Kommunisten so unklug sein und weiter Unruhe stiften, dann scheint es den verantwortlichen Persönlichkeiten in Washington besser, sie im Ungewissen darüber zu belassen, wie der Krieg geführt werden wird, in den sie sich einlassen. Mit andern Worten: Man bemüht sich, die größtmögliche Handlungsfreiheit zu bewahren. Mögen die Feinde von morgen im Ungewissen bleiben über die Folgen einer neuen Angriffshandlung oder der Wiederholung einer alten. Vielleicht wird diese Ungewißheit sie noch vorsichtiger machen.

Wir sagen nicht mit Bestimmtheit, ob die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Korea Luftangriffe mit Atombomben gegen die Mandschurei zur Folge hätte; wir versprechen aber auch nicht das Gegenteil. Wir drohen nicht damit, Peiping oder Moskau mit einem Atombombenregen zu überschütten, wenn die Chinesen in Indochina offen intervenieren sollten; wir versprechen aber auch nicht, daß wir es nicht tun werden. Mögen Mao und Malenkow darüber Vermutungen anstellen — und sich das Risiko ausmalen. Vorläufig behalten wir uns das Recht vor, zu handeln, wie es uns und unseren Verbündeten in jeder möglichen Lage richtig scheint.

Rückzug amerikanischer Streitkräfte aus Übersee?

Es ist die Frage gestellt worden: Bedeutet der «New Look» den Rückzug amerikanischer Streitkräfte aus überseeischen Gebieten? Bis zu einem gewissen Grad und auf weite Sicht: ja. Bereits sind zwei Divisionen aus Korea heimgekehrt. (Die südkoreanische Armee hat kürzlich zwei weitere eigene Divisionen aufgestellt.) Obwohl Kampfeinheiten wahrscheinlich noch lange in Europa bleiben werden, darf in verhältnismäßig naher Zukunft mit dem Rückzug gewisser rückwärtiger Dienste gerechnet werden.

Dies aber ist sicher und muß festgehalten werden: Die USA werden sich der Verantwortung nicht entziehen, mögen sie sich auch allgemein etwas loslösen. Eisenhower ist kein Isolationist, und es ist nicht wahrscheinlich, daß während seiner Amtszeit zur Vorkriegspolitik (vor 1939) zurückgegangen wird. Es wird nicht bestritten, daß es in Amerika Kräfte gibt, die gerade diese Rückkehr zur Isolation wünschen und anstreben. Sie sind heute in der Minderheit. Eine kluge Verteidigungspolitik kann dazu führen, daß sie in der Minderheit bleiben. Die Verteidigungspolitik des «New Look» bedeutet eine große Anstrengung, die amerikanische Verteidigungsstellung vernünftig und sinnvoll auf lange Sicht auszubauen, so daß die wirtschaftliche und politische Belastung im Inland in einem erträglichen Rahmen bleibt und dabei den Bedürfnissen des Westens in allen Teilen der Welt gebührend Rechnung getragen wird. Amerikas Freunde werden gut tun, zu versuchen, dies zu verstehen.

Richard J. Davis

Bericht aus England

Wenn

die Nachwahlen der letzten Monate

überhaupt einen Schluß auf die Stimmung der englischen Bevölkerung rechtfertigen, so kann man jedenfalls negativ sagen, daß sie keinen Wunsch erkennen lassen, die Regierung des Landes zu ändern. Der Prozentsatz der konservativen Stimmen ist bei all diesen Wahlen im Vergleich zur Hauptwahl von 1951 mehr oder weniger gestiegen. Das besagt freilich nicht viel, einmal weil es sich durchweg um feste konservative Wahlkreise handelt, vor allem aber weil die Zahl der abgegebenen Stimmen überall sehr stark zurückgegangen ist. In manchen Fällen haben die Hälfte der Wähler sich nicht die Mühe gemacht, zur Wahlurne zu gehen. Aber gerade darin kann man eine Bestätigung der angedeuteten negativen Tendenz sehen: es gab nichts, was die Wähler zu einem Protest gegen die Regierung aufgestachelt hätte. Der unzufriedene Wähler pflegt zur Wahl zu gehen, ganz besonders wenn er früher für die Regierung gestimmt hatte und jetzt gegen sie aufgebracht ist. Die Behauptung der Opposition, daß die Kosten der Lebenshaltung unter der konservativen Regierung beträchtlich gestiegen seien, hat offenbar bei den Wählern, und besonders den Hausfrauen unter ihnen, nicht viel Glauben gefunden, denn das ist ja die Frage, die den größten Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung auszuüben pflegt. Auch das Feuerwerk der Entrüstung über Vorgänge der auswärtigen oder Militärpolitik, welche ein Teil der sozialistischen Abgeordneten im Unterhaus zum Besten zu geben pflegt, hat, wie es scheint, keinen Eindruck gemacht, soweit sich die Wähler überhaupt um diese Fragen kümmern. Andererseits konnte ihnen nicht verborgen bleiben, daß es der Labourpartei immer noch nicht gelungen ist, ihre Reihen zu schließen. Bei der Debatte über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft konnte Attlee nur für eine knappe Mehrheit seiner Partei sprechen, als er in der Opposition den Standpunkt aufrechterhielt, den er als Ministerpräsident eingenommen hatte. Bei den Beratungen über den Aufbau der englischen Rüstung ließ sich die Parteileitung gar von dem linken Flügel soweit ins Schlepptau nehmen, daß sie ein kleinliches und unaufrichtiges Amendement einbrachte, welches in unvereinbarem Gegensatz zu der Haltung stand, die sie noch vor wenigen Jahren als Regierung eingenommen hatte. Bei solchen Gelegenheiten muß man sich fragen, wo die Labourpartei jetzt gelandet wäre, wenn sie nicht sechs Jahre der Verantwortlichkeit für die Staatsgeschäfte durchgemacht hätte.

Ob die relative Stabilität der

Lebenshaltungskosten,

die ein wichtiger Faktor der augenblicklichen Stimmung ist, noch lange anhalten kann, ist zweifelhaft angesichts der Lohnbewegungen, die einen großen Teil der Industrie beunruhigen. Der Streik der Eisenbahner, der zu Weihnachten 1953 drohte, ist im letzten Augenblick durch Konzessionen abgewandt worden, welche die Transport Commission unter dem Einfluß des Arbeitsministers Sir Walter Monckton gemacht hat. So beruhigend das im Augenblick wirkte, so wenig dürfte sich die Bevölkerung über die Erhöhung der Fahr- und Frachtpreise freuen, welche die Lohnsteigerung zur notwendigen Folge haben muß. In der Maschinen- und Schiffbauindustrie, die für den englischen Export entscheidend sind, hat ein unparteiischer Untersuchungsausschuß eine Lohnerhöhung von 5% vorgeschlagen, obwohl er gleichzeitig Bedenken über die Folgen äußert, welche die dadurch bedingte Preiserhöhung auf dem Auslandmarkt haben würde. Darauf haben die Unternehmer sich bereit erklärt, den 5%igen Zuschlag zu gewähren, aber die

Gewerkschaften machen Miene, ihn als ungenügend abzulehnen. In der elektrischen Industrie führt die Gewerkschaft seit Monaten einen sogenannten «Guerilla-Streik», und auch die Bauarbeiter drohen mit Streik. Wie all diese Konflikte ausgehen werden, ist noch nicht zu übersehen. Nur eines kann mit Sicherheit gesagt werden: letzten Endes muß der Konsument die Rechnung bezahlen, und die Inflation würde wieder einen Schritt weiter getrieben.

Mit der Inflation, die seit dem Krieg um sich gegriffen hat, hängen zwei Probleme zusammen, welche das Parlament beschäftigen und eine große grundsätzliche Bedeutung haben: die Erhöhung der Gehälter der Richter und die Erhöhung der Gehälter der Abgeordneten. In beiden Fällen steht viel mehr auf dem Spiel als die verhältnismäßig geringfügige Summe, die den öffentlichen Haushalt belasten würde.

Das Gehalt eines Richters

des High Court wurde vor mehr als hundert Jahren auf £ 5000 festgesetzt. Das war damals sicherlich ein sehr hohes Gehalt, das dem Richter eine außergewöhnliche Lebenshaltung ermöglichte. Das entsprach nicht nur der Auffassung, die man von der Stellung und Würde des Richters hatte, es hängt auch mit einer Besonderheit der englischen Rechtspflege zusammen, die als eine Säule ihres unvergleichlichen Ansehens betrachtet werden muß. In England gibt es nicht wie in den meisten kontinentalen Ländern eine besondere Richterlaufbahn, die von der des Anwalts getrennt ist, sondern die Richter werden aus der Reihe der Anwälte genommen. Der Lordkanzler schlägt der Krone zur Besetzung eines Richterpostens einen Anwalt vor, der sich durch seine Tätigkeit vor seinen Kollegen ausgezeichnet hat. Das sind in der Regel Männer mit einer großen und lukrativen Praxis, deren Einkommen in vielen Fällen weit höher war als das Gehalt, das ihnen als Richter in Aussicht gestellt wurde. Die Annahme des Richteramtes bedeutete also in solchen Fällen ein pekuniäres Opfer. Wenn der Anwalt dies Opfer wegen des unvergleichlichen Ansehens des Richteramtes auf sich nahm, so konnte er sich das häufig deswegen leisten, weil er als Anwalt etwas hatte zurücklegen können. Das ist jetzt alles anders. Die übersteigerte Einkommensteuer erlaubt solche Rücklagen nur noch in den seltensten Fällen. Es klang wie ein Märchen aus uralten Zeiten, als Mr. Attlee dem Unterhaus erzählte, vor 45 Jahren, als er sich als Anwalt niedergelassen, habe der normale Steuersatz 1/-s auf das Pfund betragen. Von den £ 5000 Gehalt muß der Richter heute die Hälfte als Einkommensteuer abgeben, und die Kaufkraft des Restes ist natürlich nur ein kleiner Bruchteil dessen, was sie vor hundert Jahren war. Infolgedessen wird es immer schwerer, einen hervorragenden Anwalt zur Annahme eines Richterpostens zu bewegen. Damit ist einer der wichtigsten Grundpfeiler der englischen Rechtspflege bedroht. Gerade die Tatsache, daß die englischen Richter vorher als Anwälte die Unabhängigkeit ihres Charakters und ihr Können bewiesen, das Vertrauen ihrer Kollegen und den Respekt der Gerichte sich erworben haben, gibt ihnen ihre ganz ungewöhnliche Stellung im öffentlichen Bewußtsein. Sie sind wirkliche «Richter» und nicht nur «richterliche Beamte», wie es früher in der deutschen Amtssprache hieß. Weil Richter wie Anwälte aus den vier alten Anwaltsinnungen hervorgehen, die seit Jahrhunderten ihre Halls auf dem Gelände des Londoner Temple haben, erfüllt sie gleichmäßig die große und kostbare Tradition, auf die sie stolz sind und auf die auch das Land mit Recht stolz ist.

Es war daher wohl allgemeine Überzeugung, daß etwas zu Gunsten der materiellen Versorgung der Richter geschehen müsse. Die Regierung schlug vor, jedem Richter — es handelt sich um etwa 75 — eine Gehaltszulage von £ 1000 zu gewähren, die von der Einkommensteuer ausgenommen werden sollte. Nicht die Gehaltserhöhung, aber die Steuerbefreiung fand Widerspruch, der die Regierung nötigte, einen anderen Weg zu suchen. So beantragte sie eine Zulage von

£ 3000, die aber, wie jedes andere Einkommen, der Steuer unterworfen sein sollte. Das klingt sehr freigebig, bringt dem Richter aber tatsächlich weniger als der erste Vorschlag. Denn von den £ 3000, welche die Regierung zulegt, nimmt der Schatzkanzler sofort £ 2266 als Einkommensteuer weg, so daß die Erhöhung tatsächlich nicht mehr als £ 734 beträgt. Zu solchen Umwegen zwingt die heutige Übertreibung der Einkommensteuer. Mehr braucht man zu ihrer Kritik eigentlich nicht zu sagen. In dieser Form fand die Vorlage die Zustimmung des ganzen Unterhauses.

Von dieser Einmütigkeit ist keine Rede gegenüber den Vorschlägen, welche ein parlamentarischer Ausschuß kürzlich über die

Besoldung der Mitglieder des Unterhauses

gemacht hat. Sie laufen darauf hinaus, daß die jährliche Besoldung von £ 1000 auf £ 1500 erhöht werden und den Abgeordneten nach 15, in gewissen Fällen 10 Dienstjahren, ein Anspruch auf Pension gewährt werden soll.

Bis zum Jahre 1911 haben die englischen Abgeordneten überhaupt keine Diäten oder Gehälter bekommen. Erst in diesem Jahre wurde ihnen ein Gehalt von £ 400 bewilligt. Wenige Jahre vorher (1906) hatte man auch in Deutschland mit der von der Verfassung vorgeschriebenen Diätenlosigkeit gebrochen. Bismarck war ein scharfer Widersacher der parlamentarischen Diäten gewesen. 1867 hatte er sogar gedroht, die Verfassung des Norddeutschen Bundes scheitern zu lassen, wenn der Reichstag auf seinem Verlangen nach Diäten bestehen sollte. Er fürchtete, daß sich eine Elite von Abgeordneten herausbilden könnte, welche die Politik zu ihrem Berufe machen und dadurch eine Sachkunde und Erfahrung erwerben würden, durch die sie den Vertretern der Regierung gewachsen wären. Solche Erwägungen haben natürlich in Großbritannien keine Rolle gespielt, denn hier sind es die Parlamentarier, aus denen die Regierung gebildet wird. Jede Partei mußte eine genügende Zahl von Mitgliedern haben, welche die Politik zu ihrem Lebensberuf machten. Aber diese verfügten in der Regel über ein ausreichendes Privateinkommen. Gewiß gab es Ausnahmen; der junge Lloyd George hatte sehr schwer zu kämpfen, um seine parlamentarischen Pflichten mit der Sorge um das tägliche Brot in Einklang zu bringen. Im zwanzigsten Jahrhundert änderte sich das, besonders nachdem 1906 eine selbständige Arbeiterpartei ins Unterhaus eingetreten war. Um Angehörigen aller Schichten und Berufe die Beteiligung am parlamentarischen Leben zu ermöglichen, entschloß sich die liberale Regierung Asquith, ein auch für damalige Begriffe bescheidenes Gehalt einzuführen. Aus den £ 400 wurden 1937 £ 600 und nach dem Kriege £ 1000, jedesmal mit Berufung auf die erhöhten Kosten der Lebenshaltung. Das gleiche Argument wird jetzt für die Erhöhung um weitere £ 500 angeführt, wobei hervorgehoben wird, daß der Abgeordnete in der Regel bis zu £ 750 für Ausgaben aufzuwenden hat, die, wie die Besoldung eines Sekretärs oder die Korrespondenz mit seinen Wählern, unvermeidlich mit dem Mandat verknüpft sind.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, dürfen zwei Gesichtspunkte hervorgehoben werden. Ist es richtig, daß die Abgeordneten sich den Folgen der Inflation entziehen, die doch zum großen Teil eine Folge ihrer Politik ist? Muß das nicht weite Kreise des Mittelstandes, die unter dieser Inflation leiden, mit Erbitterung erfüllen? Verlangt nicht gerade der Grundgedanke des demokratischen Systems, daß das gemeinsame Geschick von allen gleichmäßig getragen werde, auch von denen, welche «die Klinke der Gesetzgebung» in der Hand haben? Die zweite Frage ist die, ob man davon ausgehen soll, daß jeder Abgeordnete seine ganze Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst seiner parlamentarischen Aufgaben stellen muß. Verliert das Parlament nicht seine Fähigkeit, die Gesamtheit des Volkes zu repräsentieren, wenn der Anteil derjenigen Mitglieder sich immer weiter ver-

ringert, die in einem anderen Beruf verwurzelt sind? Allerdings sind die Abgeordneten heute fast zur täglichen Anwesenheit im Parlament gezwungen, um im Notfall ihre Stimme abgeben zu können. Aber es fragt sich, ob dem nicht auf andere Weise abzuhelfen wäre.

Dieser Gesichtspunkt gewinnt besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem zweiten Vorschlag jenes Ausschusses, daß der Abgeordnete pensionsberechtigt werden soll. Beide Vorschläge zusammen laufen darauf hinaus, die Stellung des Abgeordneten mehr und mehr derjenigen des lebenslänglich angestellten und pensionsberechtigten Beamten anzunähern. Und doch sind die politische und die Beamtenlaufbahn ihrer Natur nach grundverschieden. Zum Wesen des Beamten gehört die Sicherheit seiner Stellung, das Leben des Politikers ist unsicher und muß es sein. Jeder Abgeordnete muß mit dem Risiko rechnen, daß er bei der Wahl dem Gegenkandidaten einer anderen Partei unterliegt oder daß er bei der Kandidatenaufstellung von einem Rivalen verdrängt wird. Beides ist im Interesse des Parlamentarismus unentbehrlich. Die Beseitigung besonders des zweiten Risikos müßte zur Versteinerung des Parlaments führen. Wer dies Risiko nicht auf sich nehmen mag, tut besser, sich dem politischen Leben fernzuhalten.

Es ist daher wohl verständlich, daß die Regierung bisher zögerte, zu diesen Kommissionsvorschlägen Stellung zu nehmen, und daß Churchill bei der Begründung der Vorlage über die Richtergehälter ausdrücklich betont hat, daß sie unter keinen Umständen mit der Frage der Abgeordnetengehälter in Verbindung gebracht werden darf.

Erich Eyck

Das Credo der freien Wirtschaft

2. Wintertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum

Das freie Unternehmertum steht seit den Tagen von Marx, der die sachliche Berechtigung des selbständigen Unternehmers grundsätzlich in Frage stellte, im Brennpunkt der sozialpolitischen Problematik. Es geht dabei um weit Bedeutenderes als um ein bloß materielles Problem, etwa das der Produktivität der Volkswirtschaft. Wer die freie Wirtschaft gegen den Ansturm materialistischer Heilslehren erfolgreich verteidigen will, der muß seine Überzeugung im Gebiet des Geistigen verankern. Solche Verankerung bedeutet mehr als das Beteuern schöner Ideale, deren mangelnde Übereinstimmung mit dem praktischen Wirtschaftsleben als «menschlich unvermeidlich» hingenommen wird. Die Ideen, die geeignet sind, den Kampf mit dem materialistischen Denken wirksam aufzunehmen, können nicht einfach «theoretisch erkannt» werden. Sie müssen *tätige Wirklichkeit*, realer Impuls für die tägliche wirtschaftliche Praxis werden, wenn anders der Bezug auf geistige Grundlagen nicht hohles Pathos bleiben soll.

Dem schweizerischen Unternehmer solchen geistigen Impuls zu vermitteln, hat sich die vor einigen Jahren begründete *Vereinigung für freies Unternehmertum* (VfU) zum Ziele gesetzt. Sie will keine neue Interessenorganisation mit festfügten Statuten, mit Verbandsorganen und Mitgliederverzeichnis sein. Ihre Aufgabe der Erarbeitung der geistigen Kräfte zur Erneuerung des schweizerischen Freiheitsbegriffes, zur Festigung der verantwortungsbewußten Unternehmerpersönlichkeit kann nur von einem kleinen, überzeugungsstarken und zielbewußten Kreis aus in Angriff genommen werden. So wenig demnach quantitatives Denken bei der VfU zählt, so erfreulich war es doch, daß an der 2. Wintertagung auf dem Rigi vom 4. bis 7. Februar 1954, welche über hundert Teilnehmer vereinigte, ein lang-

sam wachsendes Interesse für die Vereinigung und ein stetig sich weitendes Echo über ihre Bestrebungen festgestellt werden durfte.

Oberstdivisionär Dr. *Edgar Schumacher* drückte als erster Referent der Veranstaltung recht eigentlich den Stempel des Außergewöhnlichen auf. Man hätte sich keine tiefgründigere Einführung in den Kern der Problematik wünschen können, welche die Vereinigung für freies Unternehmertum bewegt, als Schumachers Darstellung der «geistigen Grundlagen des Führerentschlusses». Nicht von jenen Grundlagen sprach der Kommandant der 6. Division, die man gemeinhin unter dem Titel «Beurteilung der Lage» zusammenfaßt und die gewissermaßen das Abc des Offiziers darstellen. Er suchte nach den tieferen menschlichen Regionen, beleuchtete die *seelische Situation des Führers* im Moment der Entscheidung. Führerentschluß ist Einsatz der Persönlichkeit und als solcher eine Angelegenheit innerster Art des Menschen, ein «Akt des Mutes im einzelnen Fall, und wenn er zum Charakterzug wird, eine Gewohnheit der Seele» (Clausewitz). Daher müssen die Kräfte der Entschlossenheit aus der Seele selbst aufsteigen. Wohl ist der Verstand zum Entschluß notwendig. Denn sich entscheiden bedeutet nicht irgend ein tollkühnes Wagen, sondern fußt auf gründlicher Beurteilung der Lage. Aber die Entscheidung ist mehr als das Ergebnis bloßen Planens. Sie entspringt einer inneren Erschütterung, bedingt harte seelische Kämpfe. Daher auch jenes Bangen vor dem Entschluß — beileibe kein Zeichen von Ungenügen —, von dem viele große Führergestalten der Geschichte Zeugnis ablegen. — Ist man zum Führer geboren? Ja und nein. Persönliche Veranlagung bildet gewiß eine unumgängliche Voraussetzung zur Vorgesetztenstellung. Nicht einseitige Willensstärke prädestiniert dabei zur Führung. Es ist das Gleichmaß der Kräfte, die einmalige *Höhe des Charakters*, welche den großen Führer kennzeichnet. Solche Höhe der Führerschaft muß aber in mühsamem Ringen erklimmen werden. Ganz besonders bedeutsam wird daher die Förderung und Erhaltung der Führereignung. Sie ist nur möglich durch Konzentration der Anstrengungen auf Wesentliches. Der Chef darf und muß es sich leisten, seine Kräfte zu schonen, er benötigt die Gabe, seinen Untergebenen die Freiheit eigener Entscheidungen zu schenken. Er selbst muß stets an der Weitung seines Erkenntnisvermögens arbeiten. Aber nicht bloße Wissensmehrung erhöht seine Führerqualitäten, sondern die Schulung der Fähigkeit zum inneren Erfassen der Zusammenhänge und das immer tiefere Eindringen in das Wesen menschlicher Persönlichkeit. — So ist der Entschluß eine würdige Anstrengung des Menschen; denn «wer sich entschließen kann, besiegt den Schmerz» (Goethe).

Nach der eindrucklichen Standortbestimmung des Unternehmers als Führerpersönlichkeit weitete sich die Thematik der Tagung ins Gebiet der sozialen Problematik. Dr. *Kampfschulte*, Düsseldorf, Leiter eines betriebswirtschaftlichen Beratungsinstitutes, umriß das «geistig-seelische Rüstzeug für neue Unternehmeraufgaben». Erstes Ziel ist das Aufhellen des nebelhaften Bildes, das eine weite Öffentlichkeit von der freien Unternehmerwirtschaft besitzt. Es gilt, auch dem ungeschulten Menschen eine Einsicht in die heute vielfach verfälschte Bedeutung von Unternehmertum, Kapital und Arbeitskraft zu vermitteln. Durch aufrichtigen Kontakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Grund eines Appells an den gesunden Menschenverstand, aber auch durch gerechte Verteilung des Arbeitsertrages soll der Kampf der Klassen einer vorurteilslosen Betrachtung wirtschaftlicher Gegebenheiten weichen. Voraussetzung für den Verständigungserfolg ist aber jene seelische Grundstimmung, die im «*Miteinander*» der wirtschaftlich tätigen Menschen wieder ein wahrhaftes Ideal erblickt. Unsere heutige Hauptaufgabe bleibt die Überwindung des «Auseinanderlebens». Alle sozialpolitischen Ideen — etwa die Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer — vermögen nur dann zum Guten auszu-schlagen, wenn an ihrer Basis nicht rechnender Verstand, sondern ein lebendiges Herz wirksam ist.

Über «sozial-menschliche Probleme in einem schweizerischen Unternehmen» sprach Direktor *F. Streiff*, BBC, Baden. Der heutige Unternehmer muß zunächst Menschenkenner und Menschenführer sein — das war der nachhaltige Eindruck der von reicher Erfahrung getragenen Ausführungen Direktor Streiffs. Wie viel Entscheidendes hängt letztlich vom Verhältnis des Angestellten zu seinen Kollegen und zum Chef ab! Welch früher ungeahnte Bedeutung hat das «Betriebsklima», welcher Einfluß auf Arbeitsfreude und Arbeitsintensität kommt der menschlichen Betreuung im kleinen zu! Für seinen Verantwortungsbereich hat Direktor Streiff u. a. die Methode der psychologischen Kurse gewählt, in denen, unter Leitung von Fachleuten, bis heute über vierhundert Mitarbeiter eine «Grundschulung der menschlichen Zusammenarbeit» erfuhren. Besondere Sorgfalt verwendet Direktor Streiff auf den Ausbau des Beratungs- und Fürsorgedienstes sowie auf die Förderung einer sinnvollen Freizeitgestaltung der Belegschaft. In einer Betriebsgemeinschaft von über zehntausend Menschen den individuellen Maßstab zu bewahren, scheint fast unmöglich. Es kann gelingen, wenn man auf die Kraft seiner Mitarbeiter vertraut und durch ehrliches Bemühen im Einzelfall eine Atmosphäre der Offenheit zu schaffen versteht. Der Referent wußte seine Ausführungen mit eindrucklichen Beispielen aus dem Betriebsleben zu bereichern. Nachdenklich mußte seine Feststellung stimmen, daß unsere vielgerühmte schweizerische Schule — bis hinauf zur Universität — den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen kann: Sie häuft zwar Wissen über Wissen in den Köpfen unserer Jugend an, verfehlt aber je länger desto mehr ihre eigentliche Aufgabe: *Menschen* zu bilden, die auf menschliche Weise miteinander zu verkehren vermögen.

Der zweite ausländische Gast der Tagung, *G. Morisot* von der «Association de la libre entreprise» in Paris, leitete das Gespräch über zur brennenden Frage der Werte unseres freiheitlichen Wirtschaftssystems. Die Wirtschaft ist nicht das ganze Leben, so betonte der französische Referent. Gesetze der Rentabilität und des Marktes vermögen unsere heranwachsende Jugend nicht wahrhaft zu begeistern. Unsere Wirtschaft aber krankt an diesem Mangel an echter Begeisterung. Um Fehlentwicklungen zu überwinden, wie sie sich etwa im Frankreich des Staatsinterventionismus in gefährlichem Ausmaße zeigen, tut eine Besinnung auf den Schlüssel zum ursprünglichen Erfolg des Westens in der Welt not: auf die freiheitliche Gestaltung der menschlichen Gesellschaft, wie sie am reinsten in der christlichen Lehre verankert ist. Das freie Unternehmertum repräsentiert keine bloße Wirtschafts-, sondern recht eigentlich eine Gesellschaftsstruktur; die Gesellschaft des freien Bürgers, wirtschaftlich betrachtet die Gesellschaft des Konsumenten. Ein wichtiges Element des freien Staates ist die freie Verfügbarkeit der Wirtschaftenden über die Produkte ihrer Arbeit. Während in Rußland 70% der eigenen Arbeitsleistung dem Staate zufallen, sind es in Frankreich immerhin auch schon 45%. Der hierin aufgezeigten beängstigenden Entwicklung gilt es mit allen Kräften zu steuern. Die sogenannte *économie dirigée*, welche weit richtiger eine *économie imposée* genannt zu werden verdient, muß einer wirtschaftlichen Freiheit in der Verantwortung weichen.

Schließlich zog Professor *Heinrich*, Rektor der Hochschule für Welthandel, Wien, eine imponierende Bilanz der Tagung. In seinem Vortrag über «die Stellung des Unternehmertums in der heutigen Gesellschaft» ging er aus von den äußeren Gefahrenquellen, welche die Stellung des freien Unternehmers gefährden, nämlich den intervenierenden Staat, die wachsende Betriebsgröße, ein ungenügendes und ungesundes Steuersystem und damit zusammenhängende ungesunde Finanzierungs- und Kreditverhältnisse. Heinrich kam dann ausführlich auf die zentrale Schwäche des heutigen Unternehmers zu sprechen: auf die Erlahmung der schöpferischen und initiativen Kräfte beim Unternehmer selbst. Einer der letzten Felsen droht mit ihm im Meer der allgemeinen Vermassung zu versinken. Untrügliches Zeichen dafür ist die Tendenz zur Abwanderung in risikofreie Positionen des Gesellschafts-

körpers. Ein falsches Sicherheitsstreben hat mit der marxistischen Ideologie in unserem Denken Eingang gefunden. Und auf falsche Art wird ihm von vielen Unternehmern mit dem Hinweis auf den wohlfunktionierenden Marktmechanismus begegnet. Denn das Schöpferische läßt sich durch keinen Mechanismus ersetzen. Weder Rationalisierung noch raffinierte Organisation vermögen die Stelle des verantwortungsbewußten und entschlußfreudigen Unternehmers auszufüllen. — Wie erreicht man die so notwendige Stärkung der freien Unternehmerkräfte? Auf organisatorischem Gebiet liegt ein wichtiges Mittel in der praktischen Verwirklichung einer sachlich begründeten Aufgabenverteilung zwischen dem Staat, den wirtschaftlichen Verbänden und dem einzelnen Betrieb. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, als sei der Staat die einzige soziale Strukturform. Kleinere Gemeinschaften vermögen ihnen entsprechende Aufgaben viel besser zu meistern — Gemeinschaften, die vom Einzelnen übersehen, erlebt werden können, die verantwortungsvolles Handeln erlauben. Eine analoge «Arbeitsteilung» vermag auch im Betrieb befreiend zu wirken; sie hebt die Initiative der unteren Chargen und läßt dem Chef die Muße zu wichtigen Entscheidungen. Kernstück einer durchgreifenden Lösung des Wirtschaftsproblems von heute aber muß das mit schöpferischen Impulsen durchströmte Leitbild des verantwortungsbewußten Unternehmertums sein.

Mit diesen Ausführungen war die Veranstaltung gewissermaßen zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Es blieb *Ernst Jucker*, Tann/Rüti, vorbehalten, den Gedankenkreis mit der Antwort auf die entscheidende Frage zu schließen: «Wie gelangt der Unternehmer zu einer hieb- und stichfesten Überzeugung?» Überzeugung ist das Gegenteil jener «praktischen Vernunft», die sich mit Geschick durch die Schwierigkeiten des Lebens schlängelt, und die doch früher oder später Schiffbruch erleiden muß. Überzeugungen entspringen letzten persönlichen Entscheidungen. Unverbindliche Ideen und Meinungen bedürfen einer «neuen Zeugung» auf höherer Ebene, um zu jener Kraft heranzuwachsen, die kompromißlos zum Handeln verpflichtet. Wir erringen uns unseren Standpunkt nicht mit dem abwägenden Verstande allein; Gefühl und Wille sind gleicherweise daran beteiligt. Wir Schweizer schämen uns oft unserer Gefühle; zu unrecht. Legen nicht viele Volksentscheide Zeugnis davon ab, daß sogenannte «einzig mögliche Lösungen», von kompromißbereiten Parteien serviert, vor dem unverdorbenen Gefühl des Bürgers zusammenschmelzen, und daß heilsame Kräfte daraus erwachsen? — Die Überzeugung wird in einem schmerzlichen Prozeß der Seele geboren. Der große englische Historiker und Philosoph Carlyle gewann die seinige in dreitägigem Ringen mit sich selbst — in der Abgeschlossenheit eines alten Backofens. Wir alle müssen durch einen «Backofen der Läuterung» hindurch, wollen wir zu jener Höhe unbeirrbarer Sicherheit aufsteigen, wo die Qualität der Überzeugung die Quantität der Ansichten in ihren Bann zwingt. «In der Welt lernt der Mensch nur aus Not oder aus Überzeugung» (Pestalozzi). Mögen unsere Unternehmer den Weg der Überzeugung in Angriff nehmen, bevor sie die Not zum unfreiwilligen Lernen zwingt!

Daß der Unternehmer von heute nur noch die Wahl zwischen diesen beiden Alternativen hat — Selbstvervollkommnung oder aber Selbstaufgabe —, dies mußte dem aufmerksamen Teilnehmer an den Vorträgen und Diskussionen der 2. Rigitagung der Vereinigung für freies Unternehmertum zur Gewißheit werden.

Max Rapold